Foto: Matthew Kisa

PLAN INTERNATIONAL

Gibt Kindern eine Chance

Hintergründe GEBURTEN-REGISTRIERUNG

„Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben ...“ (UN-Konvention über die Rechte des Kindes, Artikel 7)

„Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür [zu] sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben.“ (Ziele für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030), Unterziel 16.9)

Obwohl der Anteil der registrierten Kinder seit 2000 erheblich angestiegen ist, erhält heute immer noch jedes vierte Kind unter fünf Jahren keine Geburtsurkunde. Viele Länder haben keine funktionierenden zivilen Registrierungssysteme, um wichtige Ereignisse wie Geburten, Todesfälle und Eheschließungen zu erfassen. Somit verfügen Sie auch nicht über belastbare und für die staatliche Planung notwendige Bevölkerungsstatistiken.

Es sind vor allem Kinder armer und benachteiligter Familien sowie Kinder ethnischer und religiöser Minderheiten, die nicht registriert sind. Häufig leben sie in abgelegenen Gegenden weit entfernt von den zentralen Meldestellen. Die Kinder mögen zwar einen Namen erhalten, doch ohne einen offiziellen Identitätsnachweis bleiben sie für die Behörden unsichtbar. Grundlegende soziale, wirtschaftliche und politische Rechte bleiben ihnen dadurch verwehrt. Denn die Geburtsurkunde ist beispielsweise Voraussetzung, um einen Ausweis zu erhalten oder ein Konto zu eröffnen. Auch bei der Einschulung oder Heirat, ist formal ein Identitätsnachweis erforderlich. Gleichzeitig hilft die Geburtsurkunde Kindern, ihr Alter und ihre Nationalität nachzuweisen und sie vor Frühverheiratung, Kinderarbeit, sexueller Ausbeutung oder Menschenhandel zu schützen.

Warum Menschen nicht registriert sind:

- Familien und Gemeinden haben keine Kenntnis über ihre Rechte.
- Erschwerte administrative Verfahren (Eltern müssen beispielsweise Dokumente vorweisen, die sie nicht haben).
- Benachteiligte Familien können sich die Gebühren für das Ausstellen einer Geburtsurkunde nicht leisten.
- Die Meldestellen sind für viele Familien in ländlichen Gebieten schwer erreichbar.
- Fehlende moderne und mobile Technik der Datenerfassung. Oft ist das Personal schlecht ausgebildet.
- Viele ethnische Volksgruppen befürchten, durch die Registrierung noch stärker benachteiligt zu werden.
- Eltern und Angestellten von Behörden ist nicht bewusst, welche Bedeutung die Registrierung für die Kinder hat.

Auch für den Staat hat eine ausbleibende Registrierung gravierende Nachteile: So fehlen beispielsweise verlässliche Daten für die Planung von sozialen Leistungen, öffentlichen Verwaltungsaufgaben und Infrastrukturmaßnahmen.

Folgen der Nicht-Registrierung

Das Recht auf Bildung

Die Geburtenregistrierung kann einen großen Einfluss haben auf das Recht auf Bildung für Kinder. So wird in einigen Ländern Kindern ohne Geburtsurkunde der

Zugang zu Schulbildung verweigert. Manchmal können die Kinder zwar ohne Geburtsurkunde die Grundschule besuchen; Allerdings können sie keine Abschlussprüfungen machen, womit ihnen der Zugang zur weiterführenden Schule verwehrt wird. Stipendien, kostenlose Lehrmaterialien und Schuluniformen werden oft nur an diejenigen vergeben, die eine Geburtsurkunde vorweisen können.

In Kameruns äußerem Norden sind geschätzt ein Drittel der Kinder im schulpflichtigen Alter nicht registriert. Ohne Geburtsurkunde können diese Kinder nicht an den Prüfungen für den Besuch der Sekundarstufe teilnehmen. In Partnerschaft mit der Europäischen Union arbeiten wir daran, die Kinder zu registrieren, damit sie ihre Schulbildung fortsetzen können.
Foto: Plan International

Das Recht auf Gesundheit

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation waren bei fast der Hälfte der 6,6 Millionen Kinder, die 2012 vor ihrem fünften Geburtstag starben, vermeidbare Krankheiten der Grund. Für die Gesundheitsdienste sind Kinder ohne Geburtsurkunde schwerer zu erreichen und in der staatlichen Gesundheitsplanung leichter zu übersehen. In einigen Ländern können diese Kinder nicht an Impfungen oder Programmen der Gesundheitsvorsorge teilnehmen.

Das Recht auf eine Staatsangehörigkeit

Wenn ein Kind nicht registriert wird, bedeutet das nicht automatisch, dass es auch staatenlos ist. Aber in bestimmten Situationen (zum Beispiel: Eltern aus unterschiedlichen Ländern, im Zusammenhang mit Migration, in Flucht oder Asyl-Situationen) kann eine fehlende Geburtsurkunde zur Staatenlosigkeit führen. Dies kann die Betroffenen noch mehr gefährden, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden.

Schutz vor Kinderarbeit

Die internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass 160 Millionen Kinder von Kinderarbeit betroffen sind. 79 Millionen von ihnen arbeiten unter schlimmsten Bedingungen, die ihre Gesundheit gefährden. In diesem Fall ein Mindestalter für bestimmte Tätigkeiten und Jobs festzulegen, ist allerdings wenig wirkungsvoll, wenn ein Altersnachweis nicht erbracht werden kann. Somit ist die Geburtsurkunde eine Voraussetzung, um Kinderarbeit, inklusive ihrer schlimmsten Formen, zu vermeiden und abzuschaffen.

In einigen Ländern wird eine Geburtsurkunde benötigt, um im formellen Sektor arbeiten zu können. Ohne diesen Nachweis bleiben den Menschen nur informelle Beschäftigungen ohne Arbeitnehmerrechte, womit sie stärker gefährdet sind, ausgebeutet zu werden. Einige Arbeitgeber:innen nutzen diese Situation aus und beschäftigen Kinder als billige Arbeitskräfte; wissend, dass sie keine Möglichkeit haben, sich rechtlich zu wehren.

Kinder im Konflikt mit dem Gesetz

Geburtenregistrierung ist besonders wichtig, wenn Kinder in Konflikt mit dem Gesetz geraten. Artikel 40 der UN-Kinderrechtskonvention stellt diese Kinder unter besonderen Schutz. So darf ein Kind nicht wie ein Erwachsener behandelt und angeklagt werden. Das Alter des Kindes muss auch bei der Strafe berücksichtigt werden. In Artikel 37 heißt es, dass inhaftierte Kinder von Erwachsenen getrennt in Gewahrsam genommen werden müssen.
Keines dieser Rechte kann ohne einen Altersnachweis in Anspruch genommen werden.

Kinder-, Früh- und Zwangsheirat

In vielen Ländern ist es verboten, minderjährige Kinder zu verheiraten. Wenn aber ein Mädchen nicht in der Lage ist, ihre Minderjährigkeit nachzuweisen, wird auch niemand bestraft. Das ist vor allem in vielen ländlichen Gebieten und bei Krisen und Konflikten der Fall. Auch der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau hat die Staaten aufgefordert, Geburten und Eheschließungen zu registrieren. So kann die Umsetzung der Gesetze zum Mindestalter für eine Heirat überwacht werden.

Menschen- und Kinderhandel

Personen ohne Geburtsurkunde, die ins Ausland gehen wollen, sind besonders anfällig für Menschenhandel. Eine Person ohne Papiere muss illegal reisen und gerät oft an Mittelsleute, die ihr eine illegale Migration in Aussicht stellen. Kinder ohne Geburtsurkunde sind besonders gefährdet, dem Menschenhandel zum Opfer zu fallen, egal ob sie in einer Migrationssituation sind oder nicht. Dadurch, dass sie nirgends gemeldet sind, fällt ihr Verschwinden und

ihre Ausbeutung den Behörden sehr wahrscheinlich auch nicht auf. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Kinder ins Ausland gebracht werden. Ohne einen Existenzbeweis sind die Behörden kaum willig oder in der Lage, der Sache nachzugehen.

Es hat sich gezeigt, dass Kinder ohne Geburtsurkunde besonders gefährdet sind, Opfer illegaler Adoption und des Kinderhandels zu werden. In einigen Ländern wurde das illegale Anwerben, Kaufen und Verkaufen von Kindern für eine Adoption ins Ausland ermöglicht durch Fälschung von Papieren und Geburtsurkunden. Kinder mit legaler Geburtsurkunde waren davon weniger betroffen, weil sie einen Nachweis über ihre Eltern hatten.

Plan International übergab dem Nationalen Registrierungsbüro (NRB) in Malawi einen hochmodernen mobilen Registrierungswagen, um die Kapazitäten des NRB zu stärken, damit es sein Ziel erreichen kann, im Jahr 8,4 Millionen Kinder in Malawi zu registrieren, vor allem in den ländlichen Gebieten. Foto: Plan International

Krisen und Konflikte

Trotz des Einsatzverbots von Kindern als Soldat:innen durch das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention werden heute schätzungsweise bis zu 250.000 Mädchen und Jungen als Kindersoldat:innen missbraucht.

Das Protokoll sieht ein generelles Mindestalter von 18 Jahren für den Kampfeinsatz in Armeen und Truppen vor. Nur staatlichen Armeen ist es erlaubt, unter 18-jährige Freiwillige zu rekrutieren, jedoch ohne sie in direkten Kampfhandlungen einzusetzen. Dagegen ist es nicht-staatlichen Truppen gänzlich verboten, Minderjährige aufzunehmen. Trotzdem werden Kinder, zum Teil gewaltsam, von Rebellentruppen rekrutiert.

Ohne einen Altersnachweis haben es betroffene Kinder und Jugendliche schwer, zu beweisen, dass sie als Kindersoldat:innen missbraucht wurden. Eine Strafverfolgung wird so unmöglich. Auch eine Wiedereingliederung von nicht registrierten Kindern nach einem Konflikt und die Zusammenführung mit ihren Familien wird erschwert.

Im Fall einer Katastrophe sind die Kinder am besten geschützt, wenn sie schnell wieder bei ihrer Familie sind. Insbesondere für kleine Kinder ist es in dieser Situation wichtig, dass sie registriert sind. So können sie deutlich einfacher wieder mit ihren Eltern zusammengeführt werden.

Geburtenregistrierung und Geschlechterverhältnis

Auch heute noch werden in vielen Ländern Mädchen und Frauen ihre Rechte aufgrund ihres Geschlechts verweigert. Mancherorts dürfen beispielsweise nur Männer ihr Kind registrieren lassen. Das kann zum Problem werden, wenn der Vater nicht anwesend ist, die Kinder aus polygamen Ehen stammen oder wenn Frauen alleinerziehend sind. In anderen Ländern hängt die Vergabe einer Geburtsurkunde von der Nationalität des Vaters ab. Hat die Mutter eine andere Staatsangehörigkeit oder kommen beide Eltern aus einem anderen Land, werden dem Kind viele Rechte vorenthalten.

HIV und Aids

Kinder, die ihre Eltern aufgrund von Aids verloren haben, können ohne einen Identitätsnachweis oft keine Erbansprüche anmelden. Oftmals wird das Eigentum der Eltern nach deren Tod innerhalb der Verwandtschaft aufgeteilt.

Plan International: Einsatz für die Geburtenregistrierung

Seit der Gründung von Plan International im Jahr 1937 stehen Kinder im Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Konvention über die Rechte des Kindes, ihre Zusatzprotokolle sowie die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen spielen in unserer Programmarbeit eine zentrale Rolle.

Seit 1990 führen wir in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, Gemeinden und Regierungen Programme zur Registrierung von Kindern und ihren Familien durch. Im Jahr 2005 starteten wir unsere erste globale Kampagne zur Geburtenregistrierung. Seitdem trugen wir zusammen mit unseren Partner:innen dazu bei, dass mehr als 40 Millionen Kinder eine Geburtsurkunde erhalten haben.

Philippinen: Kinderhandel stoppen

Lane und ihr Mann konnten ihre Kinder dank Plan kostenlos registrieren lassen und sie so auch zur Schule anmelden. Nun motiviert Lane auch andere Eltern, ihre Kinder registrieren zu lassen.
Foto: Plan International

In den Philippinen ist Kinderarbeit weit verbreitet. Oft arbeiten die Kinder unter gefährlichen und gesundheitsschädigenden Bedingungen. Manche Kinder werden von ihren Eltern weggegeben oder fallen Menschenhändler:innen zum Opfer, die sie zum Arbeiten ins Ausland oder in andere Landesteile verschleppen. Vor allem Mädchen sind gefährdet, zur Prostitution oder sexuellen Handlungen im Internet gezwungen zu werden.

In der Prävention von Kinderhandel spielt die Geburtenregistrierung daher eine bedeutende Rolle. Kinder, die nie bei einer Behörde registriert wurden, sind besonders gefährdet für Menschenhandel. In Zusammenarbeit mit der zuständigen Regierungsbehörde führten wir deshalb eine Kampagne zur Geburtenregistrierung durch. In einigen Projektregionen wird inzwischen jedes Neugeborene offiziell registriert.

OpenCRVS

Plan International hat die Entwicklung der weltweit ersten Open-Source-Software zur digitalen Registrierung von Geburten und Sterbefällen initiiert und gefördert, um die Rechte von Kindern zu schützen. Die Software wurde in Zusammenarbeit mit denjenigen entwickelt, die sie nutzen werden.
In Bangeladesch, Sambia und Niue haben wir OpenCRVS (Civil Registration and Vital Statistics, Zivile Registrierung und Bevölkerungsstatistik) getestet und seit Juni 2022 ist die erste Version frei verfügbar.

17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

Diese Ziele fördern die Geburtenregistrierung:

Mehr Informationen: www.plan.de/sdgs

PLAN INTERNATIONAL
Gibt Kindern eine Chance

Plan International Deutschland e.V.
Bramfelder Straße 70
22305 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 / 60 77 16 - 0
Fax: +49 (0)40 / 60 77 16 - 140
E-Mail: info@plan.de
www.plan.de
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany

Stand: September/2022